Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 81 (2003)
Heft: 2

Artikel: Den Leistungs- und Wohlfahrtsstaat weiterentwickeln
Autor: Fehr, Jacqueline / Hämmerle, Andrea / Peyer, Peter
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-341754

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Den Leistungs- und Wohlfahrtsstaat weiterentwickeln

Hegemonie als Prinzip in Gesellschaft...

Die Politik der SVP unter Christoph Blocher hat Ausdauer, System und ist programmatisch nicht dem Zufall überlassen.

Jacqueline Fehr, Andrea Hämmerle und Peter Peyer

Sie lehnt sich stark an die Glaubenssätze der Weissbuch-Autoren an respektive an die von Ex-CS-Chef Lukas Mühlemann anfangs 2000 im Tages-Anzeiger-Magazin präsentierte Kurzfassung. Unter dem Titel «Was die Politik von einem Unternehmen lernen muss»[1] redete Mühlemann dem Abbau der staatlichen Kontroll- und Ausgleichsfunktion das Wort: die Staatsbetriebe SBB, Post und Swisscom vollständig privatisieren, den Preisüberwacher abschaffen, das Gesundheits- und Sozialwesen dem Markt überlassen, heissen die Rezepte. NPM für die Verwaltung, mehr Eigenverantwortung für alle und die Forderung nach Beschränkung von Umweltschutz und Raumplanung rundeten die Sache ab. In der Folge orchestrierte die SVP im Parlament, was Ebner an der Börse dirigierte. Shareholder-Value wurde zum gesamtgesellschaftlichen Projekt[2].

...und Parteiengefüge

Am berühmt-berüchtigten Sonderparteitag der SVP Schweiz in Lupfigen sagte Christoph Blocher: «Seit dieser Zürcher Flügel [der SVP Schweiz] identisch ist mit unserer Gesamtpartei, wird die ganze SVP einer Dauerkritik ausgesetzt und legt dafür gesamtschweizerisch von Urnengang zu Urnengang zu.»[3] Und weiter: «Die vereinigte Linke aus SP, FDP und CVP hat es weit gebracht. [...] Die SVP ist noch die einzige Partei, die zur Schweiz steht.»[4] Der SVP-Alleinvertretungsanspruch auf die gesamte nicht linke Politik war damit festgelegt. Dies kommt nicht von ungefähr.

In Zürich muss beginnen, was leuchten soll im Vaterland

Ein rudimentärer Überblick über eine Zürcher Erfolgsgeschichte mit Auswirkungen auf Bundesbern zeigt, wie die FDP systematisch zermürbt wurde. 1987 will Blocher den SVP-Sitz im Ständerat von Jakob Stucki verteidigen; die FDP hält nicht viel von einer Zusammenarbeit: Blocher verliert, Monika Weber (LdU) wird gewählt. Seit dieser Niederlage rächt sich Blocher am Freisinn. Der Kampf um die bürgerliche Hegemonie beginnt.

[1] Das Magazin, 1. Januar 2000, Nr. 52, Seite 4.
[2] siehe auch Die WochenZeitung, 8. August 2002, Nachruf auf Martin Ebner von Constantin Seibt.

[3] Sonderparteitag der SVP Schweiz vom 16. November 2002 in Lupfingen AG; siehe auch www.blocher.ch: Was Christoph Blocher am SVP-Sonderparteitag wirklich gesagt hat, «Regierungspartei oder Opposition?».
[4] ebenda.

1988 ist der Abstimmungskampf ums neue Eherecht die erste grosse Kraftprobe zwischen FDP und SVP. Blocher verliert. Fünf Jahre später folgt die EWR-Abstimmung. Blocher gewinnt. Dieser Sieg hat eine für Schweizer Verhältnisse wohl einmalige Nachhaltigkeit – zugunsten der SVP!

Im Frühling 1999 wird die SVP stärkste Fraktion im Zürcher Kantonsrat. Sie verdrängt die FDP aus dieser Position. Die SVP hat sich kantonal durchgesetzt. Im Herbst ist die SVP die Siegerin der Nationalratswahlen. Die Kantone auf Blocher-Linie legen zu. Die Zürcher SVP hat sich national durchgesetzt.

2003 tritt die SVP mit drei Kandidaten zu den Regierungsratswahlen an, verpasst diesen Sitz aber. Im Kantonsrat bleibt die SVP stärkste Fraktion: die FDP verliert massiv Sitze, Stimmenprozente und praktisch ihre gesamte SVP-kritische Führungsriege. Einen Monat später stimmen die FDP-Delegierten einer Listenverbindung mit der SVP im Kanton Zürich für die National- und Ständeratswahlen zu. Der stolze Zürcher Freisinn kapituliert vor der Zürcher SVP. Nach dem neuesten Wahlbarometer hat die FDP auch ihre Ur-Domäne, die Glaubwürdigkeit in der Wirtschaftspolitik, an die SVP abtreten müssen. Der Kreis ist geschlossen.

Die «Schlüsselfrage» des 21. Jahrhunderts

Christoph Blocher hat nach den Zürcher Wahlen eine strategische Kehrtwende gemacht und die SP wieder ins Angriffszentrum gestellt, was programmatisch logisch und mit dem Pamphlet «Freiheit statt Sozialismus»[5] schon länger angekündigt ist. Es empfiehlt sich aus zwei Gründen, darin zu lesen: Erstens entlarvt sich das Werk als das ideologische Fundament für die fortwährend beschworene «Eigenverantwortung» als höchste Form des menschlichen Daseins. Zweitens biegt es das Staatsbild für die SVP so zurecht, dass alle Leistungen, die der Staat im Dienste seiner BürgerInnen erbringt, als Versuch gewertet werden, das Individuum einem knechtenden Kollektivismus zu unterwerfen. Christoph Blochers Kurz-Schluss lautet: «Freiheit oder Sozialismus – Schlüsselfrage des 21. Jahrhunderts».

Hinter diesen Entwicklungen steht eine ganz grundsätzliche Frage, die nur in einem grösseren historisch-internationalen Kontext zu verstehen ist. Es lohnt sich, in diesem Zusammenhang in Eric Hobsbawms brillanter Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts die Kapitel über das goldene Zeitalter[6] und in Harald Müllers neustem Buch über die Weltordnung nach dem 11. September[7] nachzulesen.

Vom Polizei- zum Wohlfahrtsstaat

Der moderne Staat ist vereinfacht gesagt in drei Etappen gewachsen. Diese drei Etappen sind in Schichten oder Jahrringen deutlich sichtbar und unterscheidbar. Zuerst erlangt der Staat das Gewaltmonopol. Seine Polizei und sein Militär sorgen für Sicherheit im Innern und gegen aussen.

Als Zweites wird das Gewaltmonopol demokratisch organisiert und kontrolliert und rechtsstaatlich abgestützt: es gelten für alle die gleichen sauberen Verfahren und es gibt keine Willkür. Dies ist eine liberale Errungenschaft. International entspricht dieser zweite Schritt dem Völkerrecht, das massgeblich von der UNO geprägt und getragen wird. Der demokratische Rechtsstaat – aber auch das Völ-

Der moderne Staat ist, vereinfacht gesagt, in drei Etappen gewachsen: Errichtung erstens eines staatlichen Gewaltmonopoles, zweitens eines Rechtsstaates und schliesslich eines Wohlfahrtsstaates.

[5] «Freiheit statt Sozialismus», Aufruf an die Sozialisten in allen Parteien, von Nationalrat Christoph Blocher, 3. April 2000; zu finden unter www.blocher.ch, Rubrik Aktuell.

[6] Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme, dtv 1998, S. 285ff.

[7] Harald Müller: Amerika schlägt zurück, Fischer 2003, besonders S. 93ff.

kerrecht – schützt die Schwachen vor den Starken, die Ohnmächtigen vor den Mächtigen.

Drittens schliesslich kommt die entscheidend von der Arbeiterbewegung erstrittene Wohlfahrt hinzu. Der Staat erbringt Leistungen, sorgt für den sozialen Ausgleich, soziale Gerechtigkeit und Sicherheit, für Chancengleichheit in Bildung und Beruf, für einen flächendeckenden und kostengünstigen Service public. Es ist der real existierende, wesentlich sozialdemokratisch mitgeprägte europäische Wohlfahrtsstaat der Nachkriegszeit.

Im Wohlfahrtsstaat erbringt der Staat Leistungen: Er sorgt für den sozialen Ausgleich, soziale Gerechtigkeit, Sicherheit und für Chancengleichheit.

Zwei Modelle im Wettstreit

Beginnend mit Reagan und Thatcher, verstärkt in den 90er Jahren und jetzt dramatisch beschleunigt, gibt es die fatale Entwicklung, dass die äusseren Jahrringe abgehobelt werden: Der Sozialstaat wird zurückgebaut, der Service public kommt unter Druck und wird privatisiert, aber auch der demokratische Rechtsstaat gerät in Gefahr. Gleichzeitig erfolgt ein massiver Aufrüstungsschub und der Ruf nach mehr Polizei und mehr Gefängnissen wird lauter. Diese Entwicklung ist international, aber – mit Ausnahme der militärischen Aufrüstung – auch schweizerisch. Parallel dazu wird, wie der Irak-Krieg in aller Deutlichkeit zeigt, das Völkerrecht abgewürgt und ersetzt durch das alte archaische Prinzip: Der Stärkere hat Recht. Dies ist zugleich der aktuelle Hintergrund der SVP-Politik, nämlich: Sparen und Steuernabbauen zum Ersten; mehr Eigenverantwortung und weniger soziale Sicherheit bei gleichzeitiger Aufrüstung von Polizei und (Miliz-)Armee zum Zweiten; die Abschottung gegen aussen und damit verbunden die Ablehnung jeder internationalen Kooperation zum Dritten.

Der SVP-Politik des Steuer- und Leistungsabbaus, des Sozialdumpings und der Isolation müssen wir konsequent den sozialdemokratischen Wohlfahrts- und Leistungsstaat, eine Politik des Ausgleichs und der internationalen Zusammenarbeit gegenüberstellen. Im Zentrum steht die Finanzpolitik. Der aktuelle SP-Spardiskurs nach dem Muster «Ja zum Sparen, aber nicht jetzt und nicht so» zeigt, dass programmatische Schnellschüsse nicht genügen und auf dünnes Eis führen. Eine grundsätzlichere Position und Argumentation wäre nötig.

An Hand von drei Beispielen wollen wir skizzieren, wie mit wechselnden Allianzen die SVP-Hegemonialmacht leer läuft, da ihr Gesellschaftskonzept nur für eine schmale, reiche Elite attraktiv und damit letztendlich nicht mehrheitsfähig ist.

Steuerrefom: Mehr Ökologie für mehr Gerechtigkeit

Vor rund vier Jahren überwiesen die eidgenössischen Räte eine Motion des heutigen Bundesrates Samuel Schmid (SVP), die eine Verlagerung der Bundessteuern auf die Mehrwertsteuern verlangt. Wenn das heutige Gesetz über die direkten Bundessteuern 2006 ausläuft[8], steht genau die Frage wieder im Zentrum der Debatte, ob und wie der Staat seine Umverteilungs- und Ausgleichsfunktion wahr nimmt und damit den Boden für eine gerechte und ökologische Entwicklung unserer Gesellschaft legt.

Das Modell der SP Schweiz ist klar: Kein Abbau der direkten Bundessteuern und keine Schwächung der Progression, stattdessen Steuergutschriften vom Steuerbetrag. Diese sind «progressionsneutral», der Abzug ist in allen Einkommensklassen frankenmässig gleichviel wert. Wenn die Steuerschuld kleiner ist als der Abzug, soll

[8] Gemäss Übergangsbestimmung zu Art. 128 BV ist die Befugnis des Bundes, direkte Bundessteuern zu erheben, bis Ende 2006 befristet.

die Differenz im Sinne einer negativen Einkommenssteuer ausbezahlt werden.

Ein weiteres zentrales Element einer zukunftstauglichen Steuerordnung wird die Erbschaftssteuer sein. Als Folge der grossen Nachkriegsvermögen ist in den nächsten 20 Jahren damit zu rechnen, dass in der Schweiz insgesamt 900 Mrd. Franken vererbt werden. Bereits eine sehr moderate Erbschaftssteuer mit einem grosszügigen Freibetrag von 1 Mio. Franken brächte Einnahmen von rund 1 bis 2 Mrd. Franken pro Jahr in die Bundeskassen, was etwa dem geschätzten strukturellen Defizit des Bundeshaushaltes entspricht.

Prüfenswert ist auch das Steuerharmonisierungsmodell, das vom Mathematikprofessor Carl August Zehnder[9] bereits 1998 vorgeschlagen wurde. Hohe Einkommen und Vermögen besteuert danach ausschliesslich der Bund, da diese Einkommen nicht regional, sondern im nationalen und internationalen Geschäft erwirtschaftet werden. Hohe Einkommen haben dazu die Eigenschaft, dass sie mobil sind und mit ihren permanenten Wegzugsdrohungen den Steuerwettbewerb anheizen. Als Kompensation werden mittlere und tiefe Einkommen nur von den Gemeinden und den Kantonen besteuert.

Damit der Staat seine Ausgleichsfunktion wahrnehmen kann, braucht er also grundsätzlich nicht nur genügend Mittel, sondern er muss diese Mittel auch gerecht und ökologisch sinnvoll einnehmen.

Kinder an die Macht

Eine linke und fortschrittliche Familienpolitik basiert auf der Forderung nach Chancengleichheit. Kinder sollen unabhängig von ihrer Herkunft und ihren Lebensumständen die Möglichkeit haben, ihre Fähigkeiten und Talente zu nutzen und auszubauen. Die Pisa-Studie zeigte jedoch, dass es dem schweizerischen Schulsystem nicht gelingt, diese Herkunftsunterschiede auszugleichen. Das Rezept der SVP auf diesen Befund: Familie ist Privatsache, der Staat hat in diesem Bereich nichts zu unternehmen. Um aber doch nicht ganz tatenlos zu sein, fordert die SVP separate Schulen für Schweizer Kinder.

Spannend ist die Tatsache, dass in der Familienpolitik noch nicht entschieden ist, ob das SVP-Verelendungsprogramm die Hegemonie im bürgerlichen Lager hat. War diese Frage nach dem Abstimmungsdebakel über die Mutterschaftsversicherung 1999 noch klar, haben sich FDP und CVP in den letzten zwei Jahren in familienpolitischen Fragen aus den Klauen der SVP befreit und sind Koalitionen mit der SP eingegangen (Anstossfinanzierung für familienergänzende Betreuungsplätze, Neuanlauf zur Mutterschaftsversicherung, Ergänzungsleistungen für Familien, Harmonisierung und Erhöhung der Kinderzulagen).

Das Konzept der SP ist klar: Zur Stärkung der Chancengleichheit müssen die Familien finanziell mehr und gezielter unterstützt werden (Erhöhung der Kinderzulagen, Steuergutschriften statt Steuerabzüge, Ergänzungsleistungen, verbesserte und eidgenössische Regelung der Alimentenbevorschussung, Mutterschaftsversicherung, tiefere Eintrittsschwelle in 2. Säule). Daneben braucht es Blockzeiten sowie einen massiven Ausbau von familienergänzenden Betreuungsangeboten wie Krippen, Horte, Tagesschulen und Mittagstischen.

Flug über die Alpen

Die Schweiz wird als Offshore-Insel in Europa kaum überleben. Eine kluge Öff-

Zur Frage einer sozialen Gerechtigkeit wird die Erbschaftssteuer werden: in den nächsten 20 Jahren wird in der Schweiz insgesamt 900 Mrd. Franken vererbt werden.

[9] Zehnder, Carl August (1998): Steuertourismus eindämmen – kantonale Fiskalhoheit achten, in NZZ Nr. 27/1998, Zürich.

nungspolitik mit vertraglich geregelten Beziehungen der Schweiz zur Welt muss die Antwort der SP sein. Zwei «kleinere» Geschäfte zeigen, wie die Partei, welche die Schweizerfahne am penetrantesten hochhält, unserm Land wirtschaftlich und politisch den grössten Schaden zufügt.

Erstes Beispiel: Der Staatsvertrag hätte die Verteilung des Fluglärms zwischen Deutschland und der Schweiz einvernehmlich geregelt. Das Parlament lehnt den Vertrag unter Führung von SVP und (Zürcher) Freisinn ab. Deutschland erlässt wie angekündigt für die Bewirtschaftung seines Luftraums eine Verordnung, die härter ist und kürzere Fristen setzt als der abgelehnte Staatsvertrag. Jetzt versucht der Bundesrat, bei der europäischen Kommission eine Aufschiebung der Verordnung zu erreichen. Die vielgeschmähten «fremden Richter von Brüssel» sollen entscheiden. Der Parteipräsident der SVP Schweiz nimmt vor laufender Fernsehkamera unverfroren das Wort «Krieg» in den Mund. Wir sehen ihn schon kampfbereit mit dem Sturmgewehr am Rhein. Wer aber in einem Konflikt sich selber über- und den Gegner unterschätzt, verliert mit Sicherheit.

Es ist dringend nötig, dass die SP zusammen mit ihrem Bundesrat beharrlich den Weg der aussen- und innenpolitischen Vernunft weitergeht. Schauen wir den Tatsachen in die Augen, ob sie uns gefallen oder nicht: Deutschland sitzt am längeren Hebel – immerhin geht es um den deutschen Luftraum – und ist nicht bereit, mehr Fluglärm zu akzeptieren, damit der Züriberg und die Goldküste ruhig schlafen können. Drehen und Wenden nützen nichts: Der Schlüssel zur Lösung liegt bei der Zürcher Regierung und heisst Südanflüge.

Zweites Beispiel: Die Alpenkonvention[10] ist das erste internationale Vertragswerk, das eine gemeinsame Wirtschafts- und Umweltschutzpolitik des wichtigsten europäischen Erholungsraums formuliert und das dünn besiedelte, strukturschwache Berggebiet gegenüber den Zentren stärkt. In den Bereichen Landwirtschaft und Verkehr sind Positionen und Errungenschaften verankert, die wesentlich sozialdemokratisch mitgeprägt sind. Nachteile für die Schweiz sind nicht ersichtlich. Die Ratifizierung wird im Parlament – in einer bisher erfolgreichen Speckgürtelkoalition SVP-FDP-Economisuisse – hintertrieben. Hier läuft die SVP-Arche aber langfristig auf den Berggipfeln auf: Die SP zimmert zusammen mit ihrem Bundesrat, den Regierungen der Gebirgskantone, mit den Grünen, den weitsichtigen Berggebietsvertretern und den Gemeindevertretern – die lieber ihren Bio-Geisskäs in Europa verkaufen als auf granithartem Schweizer Franken versauern – eine solide Mehrheit.

[10] Die besten Hintergrundseiten zur Alpenkonvention finden sich unter www.cipra.org

Die alten Werte gelten noch

Nur ein starker Staat kann ein sozialer Staat sein. Dem ist an sich nach wie vor nichts anzufügen. Ausser, dass die SP programmatisch klarer, transparenter und konsequenter sein muss als die SVP. Links der SVP bietet sich damit ein grosses Feld mit viel Platz und Heimatlosen. Nutzen wir das!

Jacqueline Fehr ist Nationalrätin aus Winterthur (ZH) und Vizepräsidentin der Pro Fa5milia Schweiz.
Andrea Hämmerle ist Nationalrat aus Pratval (GR) und Präsident der Nationalparkkommission.
Peter Peyer ist Präsident der SP Graubünden und Gewerkschaftssekretär.